



Deutsches Institut
für Urbanistik

20
20

Jahresrückblick





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der Vergangenheit haben wir Ihnen vollständig und ausführlich über unsere Aktivitäten berichtet. Diesmal machen wir es anders und präsentieren Ihnen kurz und pointiert eine Auswahl unserer Arbeit aus dem letzten Jahr: wichtige Ergebnisse unserer Forschung sowie einige Highlights aus unseren Seminar- und Veranstaltungsreihen. Der große Überblick und die interessanten Einzelheiten gehen Ihnen aber nicht verloren. Auf unserer neuen Website finden Sie alles, was Sie über das Difu wissen wollen.

Corona hat unsere Arbeitsweise am Difu stark verändert. Geblieben ist unsere Rolle als Partnerin und Ideengeberin der Kommunen. Wir freuen uns, dass unsere Expertise trotz und natürlich auch wegen Corona stark gefordert war. Bereits frühzeitig haben wir uns durch zahlreiche Eigenaktivitäten an dem neuen Diskurs beteiligt. 2020 war für uns in Forschung und Fortbildung fordernd – und erfreulicherweise auch wirtschaftlich erfolgreich.

Eine besondere Verantwortung für den wirtschaftlichen Erfolg am Institut hat seit August letzten Jahres Luise Adrian. Nach verschiedenen Stationen am Difu und in der freien Wirtschaft ist sie jetzt als kaufmännische Geschäftsführerin Mitglied der Institutsleitung.

Ihr Vorgänger Busso Grabow ist – nach mehr als 35 Jahren Difu-Zugehörigkeit! – in den „Halbruhestand“ gewechselt und hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, noch für einige Zeit das Zukunftsthema Nachhaltigkeit am Institut zu forcieren. Mit dem Thema setzen wir uns schon seit vielen Jahren auseinander. In zahlreichen unserer Forschungsprojekte spielt es eine wichtige Rolle. Jetzt geht es darum, Synergien besser zu nutzen und unsere Kompetenzen sichtbarer zu machen.

An dieser Stelle denen zu danken, ohne deren Unterstützung unsere Arbeit so nicht möglich wäre, ist für uns keine Pflichtübung, sondern ein tiefes Bedürfnis. Der Verein für Kommunalwissenschaften bzw. in letzter Konsequenz der Deutsche Städtetag sind mehr als im formalen Sinne unsere Gesellschafter. Wir spüren eine besondere Wertschätzung durch den Städtetag, und unsere Verbindung hilft uns ungemein, die Städte für unsere angewandte Forschung zu gewinnen. Das gilt natürlich in besonderem Maße für die mehr als hundert Zuwernderstädte und -verbände, die ihre Partnerschaft mit dem Difu auch finanziell zum Ausdruck bringen. Daneben unterstützen uns der Bund und der Berliner Senat, wofür wir ausdrücklich danken.

Ideellen Beistand leistet unser wissenschaftlicher Beirat, und Unterstützung in der täglichen Arbeit erfahren wir von zahlreichen Kooperationspartner*innen in den verschiedenen Forschungsprojekten. Ein wohlwollendes und kompetentes Umfeld ist sicher eine notwendige Voraussetzung, um erfolgreich zu arbeiten. Damit es dann auch gelingt, ist aber eines unersetzlich – motivierte Kolleg*innen am Institut. Deshalb möchte ich zum Schluss denen danken, die jeden Tag motiviert und engagiert dieses Institut leben.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre!

Ihr

Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer



Jahresrückblick

Schlaglichter aus der Difu-Forschung 2020

Kann eine Pandemie unsere Gesellschaft nachhaltig verändern? Jedenfalls zwingt uns der Ausnahmezustand, in dem wir uns seit dem Frühjahr 2020 befinden, zum Umdenken. Und führt uns vor Augen, dass wir unsere sozialen Gepflogenheiten und Regelwerke ändern können – wenn nötig sogar innerhalb kürzester Zeit.

Dies ist im Hinblick auf andere, nicht minder gravierende Krisen unserer Zeit – Städte, die im Verkehr ersticken, eine wachsende soziale und sozialräumliche Ungleichheit und an erster Stelle der Klimawandel – eine bedeutsame Erfahrung.

Mit unserer Forschung möchten wir den Kommunen, die im Umgang mit Umbrüchen und Krisen eine tragende Rolle spielen, Impulse geben und mit zukunftsweisenden Ideen eine nachhaltige und sozial gerechte Stadt- und Regionalentwicklung – auch oder gerade in Krisenzeiten – befördern. Eine Auswahl unserer Projekte und Aktivitäten des vergangenen Jahres präsentieren wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Chance für die Verkehrswende

2020 – ein Jahr im Zeichen der Pandemie. Ein Jahr, das das Leben in den Kommunen stark verändert hat. In vielerlei Hinsicht. Ganz unmittelbar zu sehen waren die Folgen der Corona-Krise im Stadtverkehr. Während des Lockdowns waren anfänglich kaum noch Autos auf den Straßen. Dafür mehr Menschen auf dem Rad oder zu Fuß. Doch es fehlte der Platz. Städte wie Berlin, München und Köln reagierten rasch und wiesen auf den plötzlich autofreien Flächen vorübergehend Rad- und Gehwege aus. Auf einmal zeigte sich uns ein anderes Stadtbild mit weniger Staus, weniger Lärm, weniger Abgasen. Stattdessen temporäre Spielstraßen und Menschen, die dort, wo vormals Autos parkten, nun draußen ihren Kaffee genossen. Gemeinsam mit AGORA Verkehrswende, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen hat das Difu im September 2020 dazu aufgerufen, die Chance zu nutzen und eine breit angelegte Reform- und Investitions-offensive für nachhaltige Mobilität zu starten. Die Maßnahmen betreffen im Kern die Neuaufteilung des öffentlichen Raums – mit mehr Platz für Fuß- und Radverkehr – und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Entsprechende Leitlinien haben wir in der Studie „Ein anderer Stadtverkehr ist möglich“ formuliert.

Die Krise hat sichtbar gemacht, wie ungleich die Flächen in unseren Städten verteilt sind. Zur Verkehrswende gehört es daher, sich Gedanken zu machen, wie wir den öffentlichen Raum in den Städten nutzen wollen. Als Parkraum? Wir denken: nein! Im EU-Projekt Park4SUMP haben wir uns mit 16 europäischen Städten zusammengeschlossen, um die Vorteile von strategischem Parkraummanagement für eine nachhaltige urbane Mobilität aufzuzeigen. Wir wollen die Städte ermuntern, diesen überaus wichtigen Baustein für sich zu nutzen. Und wir wollen sie mit einem neuen Instrument dabei unterstützen: Das von uns entwickelte ParkPAD-Zertifikat hilft Städten, die eigene Parkraumpolitik strategisch auszurichten und nachhaltig zu verbessern. Als erste Stadt in Deutschland wurde 2020 Freiburg ausgezeichnet. Das Difu führte den Auditprozess durch und erstellte zusammen mit Freiburg einen Aktionsplan Parken.

Eine Stadt, in der die Menschen auf Parkplätze verzichten. Sich Autos und Fahrräder teilen. Und

dafür Platz schaffen für Bäume, Grünanlagen, schöne Plätze. Dass die „City2Share“ keine Utopie ist, sondern Wirklichkeit werden kann, zeigen Modellquartiere in Hamburg und München. Das Ziel: weniger Verkehr, weniger Emissionen, stattdessen mehr Lebensqualität und mehr Mobilitätsoptionen. Als geeignetes Instrument haben sich u.a. Elektromobilitätsstationen erwiesen. Beispiel Hamburg: Car- und Bikesharing werden hier an zentralen städtischen Umsteigehaltestellen und in Wohnquartieren gebündelt angeboten. Inzwischen stellt die Stadt mit ihren insgesamt 73 „switchh Punkten“ ein vernetztes Gesamtangebot zur Verfügung. Eine erste Entlastung des Verkehrs ist bereits zu spüren. In München wurde der bis dato zugesperrte Zenetiplatz zur „Piazza Zenetti“ umgestaltet und ist jetzt ein Ort, an dem die Menschen gerne zusammenkommen.

Auch digitale Technologien können einen wichtigen Beitrag für die Verkehrswende leisten. Denn in ihnen steckt das Potenzial, den öffentlichen Nahverkehr effizienter zu steuern und Mobilitätsangebote wie Bus, Bahn und Sammeltaxi zu kombinieren. Doch wie soll das gehen? Am Beispiel der Region Hannover untersuchen wir aktuell, wie „ÖPNV on demand“, d.h. Nahverkehr auf Abruf, funktionieren kann. Eine erste Difu-Sonderveröffentlichung über die Chancen und Herausforderungen liegt nun vor. Das umweltfreundlichste Fortbewegungsmittel sind ohnehin die eigenen Füße. Und das hat Konjunktur. Nicht erst seit Corona. Mit der Frage, wie Strategien und Maßnahmen kommunaler Fußverkehrsplanung aussehen können, beschäftigen wir uns am Difu schon eine ganze Weile. Und dass wir damit einen Nerv der Zeit treffen, zeigt unter anderem die starke Nachfrage an unseren Seminaren zum Thema.

Die Klimakrise zwingt uns zum Handeln

Wollen wir die vereinbarten Nachhaltigkeitsziele bis 2030 umsetzen und bis 2050 klimaneutral sein, müssen wir umfassende Maßnahmen ergreifen. Eines unserer zentralen Anliegen ist es, Kommunen für die Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen zu qualifizieren. Das am Difu angesiedelte Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) ist Ansprechpartner in allen Fragen des kommunalen Klimaschutzes. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums beraten wir Kommunen und kommunale Akteure dabei, wie sie Ideen



Verkehrsberuhigtes Wohnen im Freiburger Stadtteil Vauban

Die Krise hat sichtbar gemacht, wie ungleich die Flächen in unseren Städten verteilt sind

und Projekte im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative und anderer Förderprogramme umsetzen und fördern lassen können. Mit unseren Veranstaltungen vernetzen und befördern wir zudem den Erfahrungsaustausch innerhalb der Klimaschutz-Community. 2020 hat das SK:KK sein Angebot nochmals erweitert und bietet beispielsweise wöchentliche Online-Sprechstunden zu aktuellen Förderthemen an. Im Rahmen einer ganzen Reihe von weiteren Projekten haben wir insbesondere finanzschwache Kommunen – immerhin rund ein Viertel der Kommunen in Deutschland! – unterstützt. Dabei konnten wir zeigen, dass und wie Kommunen nicht nur ihre CO₂-Bilanz verbessern, sondern auch für Wertschöpfung vor Ort sorgen können. Zum Beispiel indem sie kommunale Dächer für Solaranlagen verpachten oder Fuhrparks durch lokales Elektro-Carsharing entlasten.

Ein wichtiges Thema, mit dem die Kommunalpolitik sich auseinandersetzen muss, ist außerdem die Klimafolgenanpassung. Wetterextreme wie Starkregen, Überflutungen oder anhaltende Trockenheit treten immer häufiger auf. Mit der Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW unterstützt unser Team in Köln im Auftrag des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen gezielt dabei, in der Klimavorsorge aktiv zu werden. Viele Kommunen des Bundeslands haben bereits vorbildliche Maßnahmen ergriffen: wie die „grüne Mitte Essen“, ein neues Quartier, dessen Fläche zu fast einem Drittel aus Grün- und Wasserflächen besteht. Letztere speisen sich ausschließlich aus Regenwasser. Bei Niederschlägen fungieren sie als Auffangbecken, an Hitzetagen entfalten sie eine kühlende Wirkung. Doppelt sinnvoll.



oben: Die „grüne Mitte Essen“ besteht zu fast einem Drittel aus Grün- und Wasserflächen.

links: Begrünte Dächer sind pflegeleicht und vergleichsweise einfach umzusetzen.

Laut OB-Barometer 2020 ist der Klimawandel das wichtigste Zukunftsthema für die Kommunen. Innovativer Klimaschutz und integrierte Klimaanpassung leisten wesentliche Beiträge zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Unter www.sdg-portal.de können Kommunen den Stand der Nachhaltigkeitsziele vor Ort überprüfen

In Düsseldorf wurde im Rahmen einer Dachflächenanierung eines Gebäudekomplexes eine Fläche von insgesamt 6.900 Quadratmetern begrünt. Grüne Dächer haben gleich mehrere Vorteile: Sie bieten Lebensraum für Pflanzen und Tiere, binden Schadstoffe, halten bei Starkregen Wasser auf natürliche Weise zurück und heizen sich bei Hitze nicht so stark auf.

Maßnahmen zum Hitzeschutz sind auch Bestandteil einer kommunalen Gesundheitsförderung. Umweltbelastungen können krank machen. Nicht nur Hitze, auch Lärm belastet. In gemischt genutzten städtischen Quartieren, in denen auf engem Raum Wohnungen nebst Gewerbe, Gastronomie und Freizeiteinrichtungen gebaut werden und obendrein der Verkehr tost, kann es schon einmal laut werden. Lösungen sind gefragt. Wie kompakte und zugleich lärmarme Stadtquartiere geplant und realisiert werden können, das haben wir für das Umweltbundesamt anhand von acht Fallstudien in unseren Zuwender-Kommunen – unter anderem Mainz, Stuttgart und Wiesbaden – aufgezeigt. Umweltbelastungen resultieren aber auch aus einem zu hohen Verbrauch von Ressourcen. Über Möglichkeiten, wie Kommunen diese möglichst schonend bzw. effizient einsetzen können – insbesondere über die Potenziale bei der Beschaffung, in den Fuhrparks und eigenen Liegenschaften sowie Dienstleistungen in der Wasserversorgung und Energiewirtschaft –, informiert die neu eingerichtete Internetseite www.ressourceneffizientekommune.de.

Infrastrukturen: nachhaltig, resilient, digital

Klima- und Ressourcenschutz und ein gesundes Leben sind wichtige Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030. Wo Kommunen auf dem Weg hin zu mehr Nachhaltigkeit stehen, können sie nun online überprüfen. Die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“, in der das Difu mit fünf Wissenschaftlern und drei Wissenschaftlerinnen vertreten ist, hat nicht nur den Indikatoren-Katalog grundlegend überarbeitet, aktualisiert und gemeinsam mit kommunalen Praktiker*innen entwickelt und erprobt. Sie hat auch das Internetportal neu aufgesetzt. Unter

www.sdg-portal.de können Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohner*innen sowie alle Landkreise in Deutschland einsehen, an welchen Stellen Handlungsbedarf besteht. Und von anderen Kommunen lernen: Stuttgart macht beispielsweise vor, wie man bei „Salz und Suppe“ die Menschen im Quartier beteiligt. Und warum Bienen wichtig sind und weshalb Müll wertvoll ist – wertvolle Lektionen in Sachen ökologische Nachhaltigkeit –, lernen Kinder in Trier spielerisch beim „Zukunftsdiplom“.

Eine konsequente Dach- und Fassadenbegrünung, Parkanlagen, unversiegelte Freiflächen, aber auch künstliche Teiche und Wasserspiele sind nicht nur wirksame Maßnahmen, um dem Klimawandel zu begegnen. Sie werden Teil der städtischen Infrastruktur. Eine klimagerechte Stadtentwicklung forciert daher nicht nur den gezielten Ausbau dieser „grünen“ und „blauen“ Infrastrukturen, sondern verbindet diese mit technischen Lösungen, zum Beispiel mit Wasserleitungen und Kanalisationen. Die Machbarkeit einer integrierten und vernetzten Stadt- und Infrastrukturplanung am Beispiel der Wasserinfrastruktur untersuchen wir mittlerweile im vierten Modul zusammen mit Berlin und Norderstedt in dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt netWORKS 4. Nun sollen weitere deutsche Kommunen von den Erfahrungen unserer Partnerstädte profitieren.

Dringender Handlungsbedarf besteht bei der energetischen Stadterneuerung. Um die klimaschutzpolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen, ist die umfassende Transformation städtischer Energiesysteme einschließlich der energetischen Gebäudemodernisierung unumgänglich. In einem Gutachten für den Sachverständigenrat für Umweltfragen haben wir auf den Stellenwert von Stadtquartieren für eine nachhaltige Stadtentwicklung hingewiesen und empfohlen, die – aufgrund ihrer Synergieeffekte dabei vorteilhafte – Quartiersebene zu stärken. Ein bereits umgesetztes, innovatives Praxisbeispiel für die energetische Stadterneuerung in einem Bestandsquartier ist das Gründerzeitviertel Brühl in Chemnitz.

Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur, in Bildung und Klimaschutz sind nicht nur Teil einer sinnvollen Krisenpolitik, sie stärken auch die Resilienz von Städten und Gemeinden

Um eine ökologische und sozial verträgliche Transformation voranzutreiben, sind Investitionen in den Ausbau von Infrastrukturen essentiell. Doch bereits vor der Pandemie belief sich der bundesweite Investitionsrückstand in Landkreisen, Städten und Gemeinden auf zuletzt 147 Mrd. Euro und lag damit um neun Mrd. Euro über dem Vorjahreswert. So das Ergebnis des vom Difu erstellten KfW-Kommunalpanels 2020. Die Corona-Krise ist eine gewaltige Belastungsprobe für die kommunalen Finanzen. Sie birgt die Gefahr, dass die Kommunen nun ihre Investitionen weiter zurückfahren und sich der Investitionsstau weiter vergrößert. Auch Zukunftsinvestitionen, mit denen Anstöße für die Transformation der Städte gerade in einer solchen Krisensituation angeschoben werden müssten, könnten vertagt werden. So gaben rund 50 % der Kommunen in unserer ergänzenden Befragung zu den Auswirkungen der Corona-Krise im April 2020 an, disponible Ausgaben notfalls aufzuschieben. Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur, in Bildung und Klimaschutz sind jedoch nicht nur Teil einer sinnvollen Krisenpolitik, sie stärken auch die Resilienz, die Widerstandsfähigkeit, von Städten und Gemeinden. Wie eine resiliente und vor allem auch suffiziente Entwicklung von Städten und Regionen aussehen kann, d.h. eine Entwicklung, die auf einen bewusst sparsamen Energie- und Rohstoffverbrauch setzt, haben wir im Memorandum „Post-Corona-Stadt“ skizziert, das wir im Rahmen der Umsetzung der BMBF-Leitinitiative Zukunftsstadt und gemeinsam mit weiteren Begleitprojekten aus BMBF-Förderinitiativen im Juni 2020 veröffentlicht haben.

Krisenbedingt erwarten fast alle Kommunen, auch das wissen wir aus dem Kommunalpanel, einen Digitalisierungsschub. Davon losgelöst benötigen Akteure speziell in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen beim Umgang mit den Auswirkungen der Digitalisierung – Beispiel: Online-Handel – Unterstützung. Das ergab eine Difu-Studie über lokale Ökonomien. Diese

kleinen, örtlich verankerten Betriebe und Unternehmen sind gerade in solchen Vierteln enorm wichtig. Sie geben den Menschen nämlich nicht nur eine Beschäftigung und gewährleisten die Nahversorgung vor Ort. Sie bieten obendrein den Raum für persönliche Begegnungen, ermöglichen ein nachbarschaftliches Miteinander und sorgen so ganz nebenbei auch für sozialen Zusammenhalt. Die Förderung von Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier, wie sie bspw. das ESF-Bundesprogramm BIWAQ betreibt, hat somit einen großen Mehrwert für Städte und Gemeinden.

Kommunaler Gemeinsinn

Investitionen in eine digitale und klimagerechte Infrastruktur, in Bildung, den Ausbau und die Erneuerung des öffentlichen Nahverkehrs, dazu begrenzte finanzielle Ressourcen – viele Kommunen stehen aktuell vor ganz ähnlichen Herausforderungen. Diese enden in der Regel nicht an der Gemeindegrenze. Durch Kooperationen lassen sich Synergien in der Regionalentwicklung schaffen. Doch wie kann ein fairer Ausgleich von Lasten und Nutzen funktionieren? Unter der Devise „Region ist Solidarität“ hat das Difu für den Großraum München im Oktober einen dreijährigen Prozess gestartet. Gemeinsam mit den Kommunen in der Region wollen wir praxistaugliche Ansätze interkommunaler Kooperation erproben und weiterentwickeln. Eine erste Bestandsaufnahme von Instrumenten und Best-Practice-Beispielen ist bereits erfolgt.

Solidarität ist auch der soziale Kitt in unseren Städten. Allerdings können sich viele Menschen ihre Stadt in Anbetracht horrender Mieten schlicht nicht mehr leisten oder finden einfach keine Wohnung. Zahlreiche Städte versuchen gegenzusteuern, etwa indem sie ihre Wohnungsbestände ausweiten. Aus den 20 Fallkommunen, in denen wir im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung und in Kooperation mit RegioKontext die Rolle der kommunalen Wohnungsbauunternehmen

oben: Bei der energetischen Stadterneuerung bietet die Quartiersebene Synergieeffekte.

unten: energieeffizienter Neubau



untersucht haben, wissen wir, dass bei allen Unterschieden des städtischen Spektrums die größte Schwierigkeit in fast allen Kommunen doch dieselbe ist: Vielerorts fehlt es an städtischen Flächen. Aber Neubau geht nicht ohne Bauland. Die rasant gestiegenen Bodenpreise machen es kommunalen Wohnungsbaugesellschaften fast unmöglich, Grundstücke zu erwerben. Diese werden aber dringend benötigt. Die Bevölkerungszahl wächst, der Bedarf an Kitas, Schulen und vor allem an sozialer Wohnraumversorgung muss gedeckt werden. Die Flächenknappheit führt dazu, dass die Finanzierung solch zentraler Aufgaben der Daseinsvorsorge zunehmend schwieriger wird. Wie Kommunen

durch eine strategische Bodenpolitik wieder mehr Einfluss auf die Stadtentwicklung gewinnen können, zeigen wir in einer Studie, die wir gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag initiiert haben. 14 Städte haben sich mit uns auf den Weg gemacht, ihre Bodenpolitik zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Für uns steht fest: Damit Städte mittel- und langfristig handlungsfähig bleiben, ist eine integrierte kommunale Bodenpolitik erforderlich. Städte wie Münster oder Ulm machen seit Jahren vor, wie das geht. Aus unserer Sicht muss Stadtentwicklung die Instrumente der Liegenschaftspolitik mit denen des Städtebaurechts zusammenbringen und für eine effektive kommunale Bodenpolitik nutzen.



Die Städte müssen auch in 50 Jahren noch in der Lage sein, auf eigenen Flächen Entwicklungen zu betreiben, die von anderen Marktakteuren nicht zu erwarten sind

Nur so können die Städte ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl und die Gewährleistung der Daseinsvorsorge auf lange Sicht gerecht werden.

Eine eigene Wohnung. Für viele neu zugewanderte Menschen, z.B. anerkannte Geflüchtete, ist das keine Selbstverständlichkeit. Sie haben es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer. Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird ihnen somit verwehrt. Doch Zusammenhalt braucht nun einmal Räume, wie wir in einer Forschungs Kooperation mit der Universität Stuttgart feststellten. Integrative Wohnprojekte wie das Klarissenkloster in Köln-Kalk, eine ehe-

malige Klosteranlage, in der Geflüchtete Tür an Tür mit Einheimischen leben, sind in Deutschland zwar noch wenig verbreitet, können jedoch für die gesellschaftliche Integration eine wichtige Rolle spielen. Im Zusammenhang mit (Neu-)Zuwanderung sind wir in einem weiteren Forschungsprojekt der Frage nachgegangen, wie sich in Klein- und Mittelstädten das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gestaltet, und dabei zu dem Schluss gekommen, dass „Gute Governance“ für gesellschaftliche Integration und glaubwürdige kommunale Integrationspolitik zentral ist. Dass die Bundesregierung das Difu 2020 in ihre Fachkommission berufen hat und wir unsere Expertise in den



links: Gemeinsam mit 14 Städten, darunter Stuttgart (hier im Bild), untersuchte das Difu die Chancen einer veränderten kommunalen Bodenpolitik.

rechts: Zusammenhalt braucht Räume: Auf der Anlage des Klarissenklosters in Köln-Kalk ist ein integratives Wohnprojekt entstanden.

Bericht zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit einbringen konnten, spornt uns an, dieses für die Kommunen relevante Thema weiter zu vertiefen: 2021 in einem EU-Projekt zum Thema „Inclusive Housing“.

Eine Übersicht aller Difu-Projekte und Difu-Publikationen finden Sie online:

difu.de/projekte
difu.de/publikationen

Auch ältere Menschen können oft nur noch bedingt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Häufig aus finanziellen Gründen. Die Altersarmut in Deutschland nimmt zu. Mit den Konsequenzen sind die Kommunen unmittelbar konfrontiert. Am Beispiel von Bielefeld, Hamm und Kiel haben wir im Rahmen eines Eigenforschungsprojekts die Bedeutung des Themas „Altersarmut“ für die aktuelle und künftige kommunale Praxis einmal exemplarisch untersucht und erste Schlussfolgerungen zu Handlungsbedarfen und -möglichkeiten auf kommunaler Ebene gezogen. Danach sind wir davon überzeugt, dass eine tiefergehende wissenschaftliche Untersuchung geeignet wäre, um für das Thema zu sensibilisieren und Kommunen stärker konzeptionell in diesem wichtigen Handlungsfeld zu unterstützen.

Solidarität gilt aber auch der jungen Generation. Ein echter Meilenstein ist die geplante Modernisierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Das Difu begleitet den aktuellen Reformprozess seit 2017. Mitte 2021 tritt voraussichtlich das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz in Kraft. Für die Umsetzung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe mit Hilfen aus einer Hand für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen ist eine siebenjährige Umsetzungsphase in drei Etappen vorgesehen. Wie sich diese und weitere neuen Regelungen in der kommunalen Praxis konkret niederschlagen, wird die nahe Zukunft zeigen. Wir behalten das Geschehen auf jeden Fall im Blick!



Bauen mit Holz ist Ressourcen- und Klimaschutz: Lückenschließung und Aufstockung mit Holzbau

Wissensvermittlung - Erfahrungsaustausch - Vernetzung

Wissen entsteht im Austausch. Im Rahmen von Veranstaltungen und Fortbildungen bringen wir Fachpublikum aus Verwaltung und Politik, Forschung und Praxis mit dem Ziel zusammen, Wissen, Erfahrungen und Ideen miteinander zu teilen.

In unseren Difu-Seminaren und Difu-Dialogen thematisieren wir die ganze Bandbreite der Urbanistik. Daneben bieten am Difu angesiedelte Großprojekte – wie das Dialogforum Jugendhilfe, die Fahrradakademie und das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz – entsprechende thematische Veranstaltungen an.

Pandemiebedingt mussten wir im Frühjahr 2020 unsere Türen für Veranstaltungen vor Ort in der Zimmerstraße in Berlin-Kreuzberg leider schließen. Für die Kommunen waren wir trotzdem präsent und haben eingeladen: zu Webseminaren, Online-Dialogen und virtuellen Kommunalkonferenzen. Unser Fazit nach nunmehr fast einem Jahr voller Online-Meetings und Videokonferenzen: funktioniert! Aber wir freuen uns schon wieder sehr auf den persönlichen Kontakt mit Ihnen.

Difu-Seminare

In unseren Difu-Seminaren bringen wir die Kommunen auf den neuesten Stand und bieten gleichzeitig die Chance, den städtischen Diskurs als Teil eines breiten Netzwerks mitzugestalten. Im Zuge des ersten Lockdowns mussten einige Seminare leider entfallen. Anschließend haben wir unser Angebot rasch auf Webseminare umgestellt und im Rahmen dieses neuen Formats einen noch größeren Personenkreis als bislang erreicht: Von den mehr als 30 ursprünglich für 2020 geplanten Seminaren fanden immerhin 19 Termine – mit mehr als 1.050 Anmeldungen! – statt.

Thematisch deckt unser Angebot ein breites Spektrum an aktuellen kommunalrelevanten Fragen ab. Stark nachgefragt waren 2020 insbesondere die folgenden Seminare:

Noch vor Ort in Berlin fand vom 13. bis 14. Februar das Seminar „Wissenschaft in der Stadt. Chancen, Grenzen, Perspektiven beim Miteinander von Kommunen und Hochschulen“ statt. Ein gutes Miteinander zwischen Hochschulen, Stadtverwaltungen, Politik, Wirtschaft und Stadtgesellschaft kann auf vielseitige und vielschichtige Weise zu positiven Effekten für eine wettbewerbsfähige Stadtentwicklung beitragen. Doch wie schaut es mit den Akteuren und deren Interessen aus? Wo und wie entstehen Synergien und wie lassen sie sich nutzen? Diesen Fragen widmeten sich Elke Bojarra-Becker und Beate Hollbach-Grömig in Abstimmung mit der Stadt Nürnberg.

Um gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel oder kollabierenden Verkehrssystemen zu begegnen, müssen Städte und Regionen langfristig die Weichen

stellen. Wie Trendanalysen, Modellrechnungen und Szenariobetrachtungen dabei unterstützen können und wie sich Zukunftsbilder mit laufenden Planungs- bzw. Steuerungsprozessen verknüpfen lassen, zeigten Stefan Schneider und Rüdiger Knipp vom 9. bis 10. März im Difu-Seminar „Visionen greifbar machen. Auswirkungen strategischer Entscheidungen abschätzen“.

Künstlich intelligent, interaktiv, datenbankgestützt – im Zuge der Digitalisierung, wandeln sich nicht nur die Funktionsweise und Struktur der Städte, sondern auch wie die Städte geplant werden. Eine Bandbreite an digitalen Planungsinstrumenten verändert bereits heute die Kommunikation über Stadtentwicklung, den Austausch von Planungsgrundlagen oder die Prognose städtischer Entwicklungsprozesse. Im Webseminar „Stadtplanung im digitalen Umbruch“ vom 26. bis 27. März erläuterten Jan Abt und Julia Diringer Tools und Trends für das digitale Planen.

Schon in „normalen Zeiten“ ist Beteiligung keine einfache Aufgabe. Doch wie kann in einer Zeit, in der Routinen nicht greifen und möglicherweise Ressourcen fehlen, die gute kommunale Praxis der Beteiligung aufrechterhalten werden? Diese Frage diskutierten Stephanie Bock und Bettina Reimann im Webseminar „Beteiligungskultur in der Krise?! Erfahrungen und Reflexionen zum aktuellen Stand der Bürgerbeteiligung“ vom 4. bis 5. November mit mehr als 80 Fachleuten.

Difu-Dialoge

Die Reihe der Difu-Dialoge – eigentlich als Format zum persönlichen Austausch gedacht – widmet sich Themen und Fragen zur Zukunft der Städte vorwiegend aus einer berlinspezifischen Perspektive. Umso mehr haben wir uns über die große bundesweite Resonanz gefreut, auf die unsere Online-Dialoge 2020 gestoßen sind. Insgesamt veranstalteten wir in diesem Jahr sieben Difu-Dialoge mit mehr als 1.050 Teilnehmer*innen.

Thema am 11. März war beispielsweise die Situation des Berliner Gewerbes. Beim vor Ort ausgebauten Difu-Dialog „Wir ziehen um! Zukunft des Gewerbes in begehrten Stadtteilen“ warfen die Difu-Wissenschaftlerinnen Ricarda Pätzold und Sandra Wagner-Endres die Frage auf, ob eine Gewerbe-Mietpreisbremse vor Verdrängung schützen kann. Zu Gast auf dem Podium

waren Christof Deitmar von der IHK Berlin, Andy Hehmke, Bezirksstadtrat aus Friedrichshain-Kreuzberg, Daniela Wagner, MdB Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie David Weißert, Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Um „Krisenfestes Radfahren: Die Corona-Pop-up-Radwege in Berlin“ ging es beim Difu-Online-Dialog der Fahrradakademie am 29. April. Als erster Berliner Bezirk hat sich Friedrichshain-Kreuzberg mit einer „pandemieresilienten Infrastruktur“ einen Namen gemacht. Der verantwortliche Radverkehrsbeauftragte der Berliner Senatsverwaltung, Peter Broymann, und Felix Weisbrich von der Bezirksverwaltung Friedrichshain-Kreuzberg sprachen mit Dagmar Köhler, Leiterin des Teams „Nahmobilität“ am Difu, über die zügige Umsetzung und die Frage, ob Berlins Mobilität nachhaltiger aus der Corona-Pandemie hervorgehen wird. Die Veranstaltung wurde als Livestream ausgestrahlt sowie aufgezeichnet und erreichte mehrere hundert Teilnehmer*innen aus Kommunalpolitik und Verwaltung.

Eine Übersicht aller Veranstaltungen finden Sie online:

difu.de/veranstaltungen



Unter den ausgezeichneten Maßnahmen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2020“: die Selbstverpflichtung „Dresden baut grün“ zur Begrünung von Fassaden und Dächern bei kommunalen Hochbauvorhaben (links) und die Klimaschutzkampagne „München Cool City“ (rechts)

Zwei Highlights des Veranstaltungsjahrs 2020 waren die beiden großen Kommunalkonferenzen

Die Frage, welche Lehren aus der Pandemie für den Verkehr der Zukunft gezogen werden können, war das Thema der 14. Fahrradkommunalkonferenz, die das Difu und das Bundesverkehrsministerium in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden am 10. November ausrichteten – mit neuem Teilnehmerrekord! Rund 665 Mobilitätsfachleute aus Kommunen, Regionen und Landesbehörden trafen sich virtuell in der Gastgeberstadt Bremen. Unter dem Titel „Radverkehr zwischen Rückenwind und Flächenstreit. Was bleibt vom Hype?“ ging es vor allem um die Frage, ob die aktuelle verkehrspolitische Aufbruchsstimmung in deutschen Gemeinden von Dauer sein wird. Im Fokus der Gesprächsforen standen in diesem Jahr die Themen kommunale Handlungsfähigkeit, Gestaltung von Fahrradstraßen und Finanzierung neuer Radinfrastruktur. Keynotes lieferten Ute Hammer, Geschäftsführerin des Deutschen Verkehrssicherheitsrats, mit einem systemischen Blick auf die Sicherheit sowie der Groninger Stadtrat Benni Leemhuis über den Wandel seiner Stadt von einer radikalen Idee zur Blaupause für Fahrradstädte weltweit.

Im Rahmen der vom Difu durchgeführten Kommunalen Klimakonferenz vom 30. November bis 2. Dezember gab Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, die Preisträger des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“ bekannt. Insgesamt 176 Bewerbungen haben uns 2020 aus den Kommunen erreicht – doppelt so viele wie im Jahr zuvor! Das zeigt die tragende Rolle, die die Kommunen im Klimaschutz bereits spielen. Anders als geplant konnten wir dieses Mal leider nicht persönlich in Berlin gratulieren. Stattdessen drehten wir kurzerhand einen Film, moderiert vom Diplom-Meteorologen Sven Plöger. Unter den ausgezeichneten Projekten stammen zwei von unseren Difu-Zuwendern: die Kampagne „München Cool City“ und die Dresdner Richtlinie „Dresden baut grün“. Drei Tage lang tauschten wir uns anschließend in Online-Foren mit Klimaakteur*innen aus den Kommunen und Fachpublikum aus und gaben fachlichen Input – in diesem Jahr zum Thema Klimaschutz und Jugend, der Nutzung von Fotovoltaik sowie einer erfolgreichen Klimakommunikation.

Stadtforschung: aktuell und praxisnah

Das Deutsche Institut für Urbanistik ist das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Wir beraten die Kommunen bei allen Aufgaben, die sie heute und in Zukunft zu bewältigen haben. Unabhängig, sachlich und fundiert.

Wir sind ein zuverlässiger Partner der Kommunen – seit mehr als 50 Jahren

Gegründet wurde das Difu 1973 auf Initiative von Mitgliedsstädten des Deutschen Städte-tages (DST). Das Difu ist eine gemeinnützige GmbH und hat Standorte in Berlin und Köln. Zuwender sind neben dem Bund und dem Land Berlin mehr als 100 Kommunen. Alleiniger Gesellschafter ist der Verein für Kommunalwissenschaften (VfK).

Wir beschäftigen uns mit dem gesamten kommunalen Themenspektrum

Von neuen Mobilitäts- und Wohnformen über kommunalen Klima- und Umweltschutz oder Konzepten zur Baulandentwicklung bis hin zur „Smart City“. Bei unserer Forschung orientieren wir uns gezielt am Bedarf der Städte: Wir führen Planspiele und Gesetzesfolgenabschätzungen durch, betreiben Anwendungsforschung, evaluieren Programme und entwickeln qualifizierte Fortbildungsangebote sowie Arbeitshilfen für die kommunale Praxis.

Wir greifen die Zukunftsthemen der Kommunen frühzeitig auf

Unser Ziel ist es, den Städten neue Impulse für die Lösung anstehender Herausforderungen zu geben und mit innovativen Ideen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beizutragen – durch Forschung, Fortbildung und Erfahrungsaustausch.

Wir führen unterschiedliche Perspektiven zusammen

Komplexe gesellschaftliche Probleme können wir nur gemeinsam lösen. Daher arbeiten wir eng mit unseren Partnerinnen und Partnern aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammen und beziehen ihre Expertise in den Forschungsprozess mit ein. Gemeinsam finden wir zukunftsfähige Lösungen für die Praxis.

Wir forschen interdisziplinär und vernetzt

Am Difu arbeiten Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Fachrichtungen gemeinsam zu aktuellen kommunalen Fragestellungen. Ob Stadt- und Regionalplanung, Rechtswissenschaft, Geografie, Sozialwissenschaften, Ökonomie oder Umweltwissenschaften – wir beleuchten die Themen der Kommunen aus verschiedenen Blickwinkeln. Und wir sind hervorragend vernetzt. In den Städten und Gemeinden, der Wissenschaft und mit unseren Partnerinstitutionen im In- und Ausland.

Organisation

Institutsleitung

Prof. Dr. Carsten Kühl
Geschäftsführer, Wissenschaftlicher Direktor
und Institutsleiter

Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Kaufmännische Geschäftsführerin

Prof. Dr. Arno Bunzel
Prokurist, Stellvertretender Wissenschaftlicher
Direktor und Institutsleiter sowie Leiter Bereich
Stadtentwicklung, Recht, Soziales

Forschung, Wissenstransfer und Verwaltung

Forschungsbereich Stadtentwicklung,
Recht und Soziales
Bereichsleitung: Prof. Dr. Arno Bunzel

Forschungsbereich Infrastruktur,
Wirtschaft und Finanzen
Bereichsleitung: Dr. Jens Libbe

Forschungsbereich Mobilität
Bereichsleitung: Tilman Bracher

Forschungsbereich Umwelt
Bereichsleitung: Cornelia Rösler

Bereich Fortbildung
Bereichsleitung: Ulrike Wolf

Bereich Wissensmanagement
Bereichsleitung: Susanne Plagemann

Bereich Allgemeine Verwaltung
Kaufmännische Geschäftsführung: Luise Adrian

Eine Übersicht aller Mitarbeiter*innen
finden Sie online:

difu.de/institut/menschen-am-difu

Das Difu 2020 in Zahlen



2 Standorte: Berlin und Köln



190 Mitarbeitende, darunter
31 Studierende



103 laufende Forschungsprojekte,
davon 32 neu begonnen



Wir forschen, bilden und vernetzen:
knapp 2.110 Teilnehmer*innen bei unseren
Difu-Seminaren und Difu-Dialogen



Innovative Stadtforschung für
mehr als 100 Zuwanderer mit
einer Bevölkerung von rd. 25
Mio. Menschen



Über 20.000 Downloads der
Difu-Publikationen



Rund 7.400 Abonnements des
Difu-Magazins „Berichte“



Knapp 593.000 Besuche auf
difu.de und 195.000 Seitenaufrufe
auf repository.difu.de



Mehr als 8.000 Abonnent*innen
des Difu-Newsletters



Knapp 5.850 Follower auf
Facebook und Twitter

Difu-Zuwender 2020

Aachen	Jena	Trier
Amberg		Tübingen
Aschaffenburg	Karlsruhe	
Augsburg	Kassel	Ulm
	Kiel	Unna
Bad Homburg	Koblenz	
Bargteheide	Köln	Weimar
Bautzen	Konstanz	Wiesbaden
Berlin	Krefeld	Wismar
Bielefeld		Wittenberg
Bocholt	Lahr	Wolfsburg
Bochum	Lampertheim	Wuppertal
Bonn	Landau	
Braunschweig	Landshut	Österreichischer
Bremen	Langenhagen	Städtebund
	Leipzig	
Celle	Lingen	Region Hannover
Cottbus	Ludwigsburg	
Cuxhaven	Ludwigshafen am Rhein	Regionalverband
	Lünen	FrankfurtRheinMain
Darmstadt		
Dortmund	Magdeburg	Regionalverband Großraum
Dresden	Mainz	Braunschweig
Düsseldorf	Mannheim	
	Marburg	Regionalverband Ruhr
Eisenach	Minden	
Emmendingen	München	Regionalverband
Erfurt	Münster	Saarbrücken
Erlangen		
Essen	Neuss	Verband Region
Esslingen	Norderstedt	Stuttgart
	Nürnberg	
Falkensee		
Flensburg	Oberhausen	
Forchheim	Offenbach am Main	
Frankfurt am Main	Offenburg	
Freiburg	Oldenburg	
Friedrichshafen		
	Passau	
Gelsenkirchen	Plauen	
Gießen	Potsdam	
Gotha		
Göttingen	Regensburg	
	Reutlingen	
Hamburg	Rheine	
Hamm	Rüsselsheim	
Hanau		
Hannover	Saarbrücken	
Heidelberg	Schweinfurt	
Hennigsdorf	Stadtroda	
Herne	Stendal	
Hildesheim	Stuttgart	
Iserlohn	Sulzbach-Rosenberg	



Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13–15
10969 Berlin

Telefon: +49 30 39001-0
Telefax: +49 30 39001-100

Internet: www.difu.de

Redaktion

Dr. Sinje Hörlin

Gestaltung und Satz

anschlaege.de

Bildnachweise

Cover: Christine Grabarse
S. 3: Difu
S. 4: Julius Schultheis/QIMBY
S. 7: Harry Schiffer/FGM-AMOR
S. 8 oben: Essener Wirtschaftsförderungs-
gesellschaft mbH
S. 8 unten: Optigrün international AG
S. 11: Wolf-Christian Strauss
S. 12: Max Böttinger/www.unsplash.com
S. 13: Karin Hauser
S. 14: Maic Verbücheln
S. 17: Hearts & Minds/Difu
S. 21: FW/QIMBY

Druck

oeding print GmbH, Braunschweig

Berlin, April 2021

Das Difu im Netz

www.facebook.com/difu.de
www.twitter.com/difu_d





Deutsches Institut
für Urbanistik

